

06. Dezember 2023

Postulat

von Patrik Maillard (AL)
und Moritz Bögli (AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Stadt Zürich ausschliesslich oberirdische Unterkünfte für Asylsuchende zur Verfügung gestellt werden können. Der Stadtrat soll mögliche Alternativen wie beispielsweise Zwischennutzungen, Containerlösungen oder Umnutzungen von leerstehendem Gewerberaum prüfen und – falls geeignet – schnell und unbürokratisch umsetzen und damit temporäre Unterkunftsmöglichkeiten für Asylsuchende schaffen.

Begründung:

Dass die Stadt Zürich bereit ist, dem SEM Räumlichkeiten zur temporären Kapazitätserweiterung des Bundesasylzentrums anzubieten, ist grundsätzlich begrüssenswert. Die Stadt Zürich soll aber aus humanitären Gründen auf die Unterbringung von Menschen in unterirdischen Anlagen wie Zivilschutzanlagen verzichten. In diesen Bunkern herrschen engste Verhältnisse, es gibt keine Privatsphäre und kein Tageslicht.

In solchen Anlagen Menschen unterzubringen, die vor Krieg, Verfolgung, Diskriminierung, Folter und Unterdrückung geflohen sind und die oft eine lange, gefährliche Flucht hinter sich haben, ist nicht nur einer offenen und der Humanität verpflichteten Stadt wie Zürich unwürdig, sondern verletzt grundsätzlich die Menschenwürde.

Deshalb soll der Stadtrat alles daran setzen, um temporäre oberirdische Unterkünfte zur Verfügung stellen zu können. Insbesondere Zwischennutzungen in leerstehendem Gewerberaum (angemietete oder stadteigene Bauten/Stockwerke) sollen geprüft werden. Die Stadt Zürich hat mit ihrer Schulraumoffensive gezeigt, dass unkonventionelle Lösungen möglich sind (z.B. Mürtschenpark).

Antrag auf dringliche Behandlung

 